

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 28 vom 13. Juli 1984

18. Jahrgang

## „Ungebo- renes Leben“

Der Schriftsteller Carl Amery hatte seine Teilnahme am diesjährigen Katholikentag kurzfristig abgesagt, weil er befürchtete, das Treffen könnte zu einer Demonstration gegen die legale Abtreibung werden. Und genau das wurde es auch: Mit geradezu fanatischem Haß geiferten Kardinäle, Bischöfe, Unions-Politiker und natürlich [per Grußadresse] auch der Papst, Tag für Tag gegen den „Massenmord am ungeborenen Leben“. Weit weniger Interesse dagegen zeigte man — wie gehabt — am Schutz des geborenen Lebens. Wo immer sich, etwa bei den Befürwortern eine „Theologie der Befreiung“ oder den Vertretern der „Kirche von unten“, Verteidiger von Schutzrechten gegen die Herrschenden zu Wort meldeten, wurden sie von den Kirchenfürsten als Spalter und Irreführer abgeburstet.

Schließlich, so Kardinal Höfner, sei das Christentum keine Anleitung zur Befreiung des Menschen aus gesellschaftlichen Zwängen.



## Auf's Land

Ernst Albrecht von Niedersachsen sorgt sich um das Wohl seiner Untertanen. Einer Braunschweiger Lehrerin, deren Kinder an Pseudo-Krupp erkrankt sind und die in einem Brief Maßnahmen gegen die Ursache dieser Krankheit, nämlich die bedrohliche Luftverschmutzung gerade im Braunschweiger Raum, gefordert hatte, antwortete der Landesvater: „Erfordert es nicht das Wohl ihrer Kinder, daß Sie aufs Land ziehen?“. Albrechts Regierung hat derweil herausbekommen, daß Pseudo-Krupp und Luftverschmutzung rein gar nichts miteinander zu tun haben — die Krankheit sei vielmehr auf „überheizte und trockene Zimmeratmosphäre“ zurückzuführen.

Das Braunschweiger Wahrzeichen, der 800 Jahre alte bronzenen Löwe, ist übrigens gerade in einen Rathausraum verfrachtet worden. Grund: Er hatte sich an der „frischen Luft“ zersetzt. Aber Kinder können ja bekanntlich mehr ab.

Streiks bei Metall und Druck beendet

# Abschlüsse mit bösen Folgen

Unternehmer: „historische Weichenstellung“

Mit nur einer Gegenstimme hat die Tarifkommission der IG Druck und Papier den Ende letzter Woche ausgehandelten neuen Manteltarifvertrag gebilligt. Bei den streikenden Druckern, die für vergangenen Sonntag wieder zur Arbeit aufgerufen wurden, löste der Abschluß Enttäuschung und Empörung aus. Das Ergebnis der für Mitte dieser Woche angesetzten Urabstimmung stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

Der Abschluß in der Druckindustrie, der sich am für Metall vereinbarten Leber-Modell orientiert, sieht eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf durchschnittlich 38,5 Stunden mit Flexibilisierungsmöglichkeiten vor, wobei die Laufzeit dieser Regelung ein Jahr mehr als bei Metall beträgt. Die durch die Arbeitszeitverkürzung entstehende Freizeit ist „auf der Basis einer Quartals-, Halbjahres- oder Jahresplanung zu regeln.“ Die Verteilung der Arbeitszeit soll durch Betriebsvereinbarungen festgelegt werden, wobei die IG Druck eine Individualisierung der Arbeitszeit abgelehnt hat.

Die Löhne werden ab 1. Juli dieses Jahres um 3,3 und ab 1. April 1985 um 2 Prozent erhöht; für April bis Juni '84 wurde eine einmalige Zahlung von 150 Mark vereinbart. Der Lohnvertrag hat eine Dauer bis zum 31.3.1986. Vereinbart wurde außerdem eine neue Lohnstruktur und eine — auch vom IG-DruPa-Vorstand als unzureichend bezeichnete — Verbesserung des Rationalisierungsschutzes. Schließlich können mit dem Abkommen von letzter Woche auch, was bisher nicht möglich war, befristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden.

In den Verhandlungen hatten sich in deren Endstadium sowohl der DGB-Vorstand, die BDA, wie auch Arbeitsminister Blüm und der geschiedene Schlichter Biedenkopf eingeschaltet, um einen schnellen Abschluß voranzubringen. Die Mitgliederversammlung der IG DruPa in Stuttgart hatte dagegen noch am letzten Donnerstag eine Ausweitung des Streiks durch einen in dieser Woche zu be-



Mit roten IGM-Fahnen zogen die Metalller — wie hier bei Honeywell in Maintal — zurück in die Betriebe; erhobenen Hauptes, wie sie betonten, aber sicher auch eingedenk der Tatsache, daß nun auf betrieblicher Ebene erhebliche Probleme mit dem neuen Tarifvertrag auf sie zukommen werden.

ginnenden Flächenstreik gefordert.

Während der Gewerkschaftsvorsitzende Ferlemann das Ergebnis als ein Durchbrechen der „Schallmauer der 40-Stunden-Woche“ wertete, erklärte der Verhandlungsführer der Druckkapitalisten, Beltz-Rübelmann, der Abschluß bilde eine „Zäsur in der Tarifgeschichte“ der Nachkriegszeit, weil mit ihm eine für die Druckindustrie „maßgeschneiderte“ Flexibilisierung der Arbeitszeit gelungen sei.

Ähnlich wie Beltz-Rübelmann äußerten sich in den letzten Tagen auch Vertreter von Gesamtmetall über das Abkommen in der Metallindustrie. Gesamtmetall-Boß Thiele beispielsweise nannte dieses Abkommen eine „historische Weichenstellung“, die den endgültigen Ausstieg aus einer generellen Arbeitszeitverkürzung gebracht habe. Alle Kapitalvertreter machten zudem deutlich, daß die Unternehmer gewillt sind, alle ihnen in den Tarifverträgen zugestandenen Flexibilisierungsmöglichkeiten bis zum letzten auszuschöpfen. Der Kampf um einheitliche



## Liebe Leser!

Mit dieser zweiten „Nottausgabe“ des „Roten Morgen“ beginnt eine kleine Sommerpause für den Verlag und die Redaktion.

Die eigentliche vierwöchige Pause ist durch den Arbeitskampf in der Metall- und Druckindustrie gekürzt worden. Wir meinen, besser mit diesen vier Seiten Stellung zu nehmen, unsere Leser zu informieren, als bis August zu warten. Redaktion und Verlag sind ab 1. August wieder — sicherlich gut erholt — zu erreichen, der nächste, randvolle „Rote Morgen“ mit zwölf prallen Seiten erscheint am Freitag, den 3. August. Bis dahin — siehe Bild...

Mord an Ernst Thälmann

## Gericht lehnt Prozeß gegen Mörder ab

Das Landgericht Kleve hat es erneut abgelehnt, die Anklage der Staatsanwaltschaft gegen den Mörder Ernst Thälmanns, den ehemaligen SS-Stabschef Wolfgang Otto, zur Hauptverhandlung zuzulassen.

Otto, der heute in Geldern bei Kleve lebt, hatte in der Nacht zum 18. August 1944 im KZ Buchenwald, den von der faschistischen Diktatur befohlenen Mord an dem KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann mit einem Genickschuß vollstreckt. Aufgrund einer Zeugenaussage des ehemaligen Buchenwald-Häftlings Marian Zgoda, war Otto 1947 von einem amerikanischen Gericht zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt, bereits 1952 jedoch wieder begnadigt worden.

Vor mehr als 20 Jahren wurde Otto von der inzwischen verstorbenen Witwe Ernst Thälmanns bei der Staatsanwaltschaft Kleve angezeigt. Aber insgesamt sechsmal (!) wurden die Ermittlungen wieder eingestellt. Erst 1983 erreichte der Rechtsanwalt Heinrich Hannover in einem Klageerzwingungsverfahren die Wiederaufnahme der Ermittlungen. Das Landge-



Ernst Thälmann

richt Kleve begründete jetzt die Nichtzulassung der Mordanklage mit angeblichen Widersprüchen in den Aussagen des (1967 verstorbenen) Zeugen Zgoda. Die sich daraus ergebenden Bedenken könnten „durch andere Zeugen und Beweismstände 40 Jahre nach dem Tatgeschehen nicht mehr überwunden werden.“

Haftbefehl für Brauchitsch?

## Neues aus dem Spenden-Sumpf

In der letzten Woche hatte die 7. Große Strafkammer des Bonner Landgerichts Anklage gegen den Flick-Manager von Brauchitsch und den da schon Ex-Wirtschaftsminister Lambsdorff wegen Bestechung bzw. Bestechlichkeit erhoben. Nach letzten Informationen wird diese Anklage erweitert werden müssen: Jetzt stehen zumindest diese beiden auch unter dem Verdacht der Steuerhinterziehung.



Ex-Flick-Manager von Brauchitsch

Wie der „Spiegel“ am vergangenen Montag berichtete, prüfe die Bonner Staatsanwaltschaft derzeit „unter größter Diskretion“ eine Nachtragsklage gegen den ehemaligen Manager von Flick. Von Brauchitsch soll, wie der „Spiegel“ schreibt, bei Zahlungen für „die besondere Pfl-

ge der Bonner Landschaft“ und bei „privaten Geldgeschäften“, 40 Millionen Mark Steuern hinterzogen haben. Auch Lambsdorff steht unter diesem Verdacht, wegen „fortgesetzter Steuerhinterziehung und wegen Beihilfe dazu“ in Höhe von 3,75 Millionen Mark. Neben den 135.000 Mark, die Lambsdorff direkt von Brauchitsch erhalten haben soll ganz gute Geschäfte.

Mit drin hängt auch der in der Flick-Affäre angeklagte Dresdner-Bank-Chef Hans Friedrichs und zwei weitere Politiker werden sich wohl demnächst genauer erinnern müssen. „Nicht erinnern“ konnten sich Helmut Kohl und Franz Josef Strauß, an Zuwendungen des Flick-Konzerns. Aus den Akten geht allerdings hervor, daß sie 565.000 Mark (Kohl) und 950.000 (Strauß) aus der Zentrale des Düsseldorfer Konzerns erhalten haben...

Die Justiz in NRW prüft jetzt, ob gegen von Brauchitsch Haftbefehl wegen Flucht- oder Verdunkelungsgefahr erlassen werden soll. Mal sehen, ob sie sich trauen.

## Bundeshaushalt '85

Mehr für Rüstung —  
weniger für Soziales

Mit dem letzte Woche vorgelegten Entwurf für den Bundeshaushalt 1985 setzt die Bonner Regierung ihren „Kurs der Konsolidierung“ der Staatsfinanzen fort: Die Begrenzung der Ausgaben und deren radikale Umschichtung vom Sozialbereich zur Rüstung und zur Subventionierung der Kapitalisten.

Der Umfang des nächsten Bundeshaushalts soll mit 260,2 Milliarden Mark nur um 1,2 Prozent über dem Ansatz für den Haushalt '84 liegen, obwohl für das nächste Jahr mit Steuererhöhungen von fast 6 Prozent gerechnet wird. Dabei wollen Kohl und Stoltenberg auch im kommenden Jahr ihren „Investitionsstreik“ fortsetzen. Mit 36,2 Milliarden sollen die Investitionen des Bundes nur um 0,9 Milliarden über denen des Vorjahres liegen. Stoltenberg kündigte zudem an, daß auch mittelfristig der Anteil der Investitionen am Bundeshaushalt weiter zurückgehen wird. Damit werden nicht nur gesellschaftlich notwendige Ausgaben — etwa für den Umweltschutz — weiter gedrosselt; dieser Kurs macht auch den bewußten Verzicht auf eine Entlastung des Arbeitsmarkts durch verstärkte Investitionstätigkeit des Staates deutlich.

Eine kräftige Steigerung ist im Haushaltsentwurf, wie schon in den Jahren zuvor, für den Etat des Verteidigungsministeriums vorgesehen. Hier werden die Ausgaben um 1,78 Milliarden oder 3,7 Prozent auf 49,9 Milliarden steigen. Selbst diese gewaltige Summe gibt jedoch nicht den wirklichen Umfang der — zum Teil in anderen Haushaltstiteln versteckten — Rüstungsausgaben an, die im nächsten Jahr tatsächlich auf über 70 Milliarden Mark anwachsen dürften.

Eine besonders hohe Steigerungsrate weist auch der Einzelhaushalt des Ministeriums für Forschung und Technologie auf; hier ist ein Zuwachs um 3 Prozent auf 7,26 Milliarden Mark vorgesehen. Darin spiegelt sich die verstärkte Bezuschussung von Modernisierungsinvestitionen der Unternehmer wider. Allein der Siemens-Konzern kassierte beispielsweise in den Jahren 1973 bis 1982 insgesamt 4,2 Milliarden Mark vom Forschungsministerium. Bereits diese Subvention (neben der natürlich noch zahlreiche andere flossen) reichte aus, um die von Siemens im gleichen Zeitraum bezahlten Steuern (4,85 Milliarden) fast völlig auszugleichen.

Es geht dabei um den 58jährigen städtischen Angestellten Werner Gottwald, der zwischen 1973 und 1980 im Auftrag des Verfassungsschutzes eine breite Aktivität in der westdeutschen Nazi-Szene entfaltete und unter anderem auch Bundestagskandidat der NPD war. Möcklinghoffs Auskünfte zu diesem Skandalfall waren allerdings in keiner Weise erhellend und dienten nur zur Verschleierung der wirklichen Tatsachen. So wurde etwa behauptet, bei der Führung Gottwalds durch den Verfassungsschutz habe man „strikt darauf geachtet und darauf hingewirkt, daß ein V-Mann nicht seinerseits zur eigentlich politisch treibenden Kraft wird oder gar strafrechtliche Aktivitäten entfaltet.“

In Wahrheit hatte Gottwald genau das getan. Er hatte Kontakte zu vielen Nazi-Gruppen in der gesamten BRD aufgebaut und dabei auch politische und organisatorische Funktionen übernommen. Unter anderem

Am stärksten gekürzt wurde wieder einmal im Einzelhaushalt Arbeit und Soziales. Hier sind Minderausgaben von zwei Milliarden Mark (= 3,1 Prozent) vorgesehen, nachdem bereits im jetzigen Haushalt sechs Milliarden gekürzt worden waren. Die neuerlichen Streichungen im Sozialhaushalt sind in erster Linie auf eine Verringerung der gesetzlich vorgeschriebenen Zahlungen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit zurückzuführen. Es entwickelt sich gegenwärtig — ähnlich wie auf dem Tiefpunkt der Krise zu Beginn der 30er Jahre — die perverse Situation, daß die Bundesanstalt für Arbeit trotz wachsender Arbeitslosenzahlen Überschüsse erzielt (und Bonn damit von den vorgeschriebenen Zahlungen zum Ausgleich des Haushalts der Bundesanstalt entlastet wird).

Die Ursachen dafür liegen in den ständigen Kürzungen bei den Leistungen der Bundesanstalt und in der ebenso konsequent vorangetriebenen Verschärfung der Voraussetzungen für den Bezug dieser Leistungen. Damit werden nicht nur die Einkommen der Arbeitslosen, Umschüler usw. immer mehr nach unten gedrückt; ein wachsender Teil der Erwerbslosen wird auch vollständig aus der Versicherung ausgegrenzt. Bereits im letzten Jahr hatte — die sogenannte stille Reserve eingerechnet — etwa die Hälfte aller Arbeitslosen keinerlei Anspruch mehr auf irgendwelche Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, bezog also weder Arbeitslosengeld noch -hilfe.

Stoltenberg betonte bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs für 1985, daß er seine „Konsolidierungspolitik“ auch in den nächsten Jahren fortsetzen werde. Dazu sei er vor allem deshalb gezwungen, weil die Zinsbelastungen im Haushalt außerordentlich stark ansteigen würden, nämlich von 29,5 Milliarden im nächsten Jahr auf etwa 37 Milliarden 1988. Trotz Begrenzung der Nettokreditaufnahme ist also — dank des hohen Zinsniveaus — für eine weitere Explosion der Gewinne bei den Großbanken und anderen Gläubigern des Bundes gesorgt.

Verfassungsschützer als Nazi-Aktivist  
Keine klaren Auskünfte  
vom Innenminister

Ungefähr ein Jahr nach Enthüllungen der „taz“ über einen Nazi-Funktionär im Dienst des niedersächsischen Verfassungsschutzes nahm jetzt der Innenminister der Landesregierung, Möcklinghoff, zu diesem Fall Stellung. Die Stellungnahme war durch eine Anfrage der Grünen im niedersächsischen Landtag erzwungen worden.

war er auch an den berüchtigten US-Nazi Gary Lauck herangetreten, um ihm Unterstützung beim Aufbau der NSDAP (AO) anzubieten. Mit diesen Aktivitäten unterschied sich Gottwald durchaus nicht von anderen VS-Agenten, die in der Nazi-Szene aktiv waren oder sind und die dort als treibende Kraft bei kriminellen Aktionen gewirkt haben. Wo immer solche Zusammenhänge ans Tageslicht kamen, war deutlich geworden, daß es dem Verfassungsschutz beim Einsatz solcher Agenten weniger um die Beobachtung

Die folgende Korrespondenz schickte uns ein Leser aus Köln. Sie gibt sehr anschaulich die Stimmung unter den Druckkollegen nach der Annahme des Leber-Plans bei Metall wieder.

## Dem Unternehmerdruck erlegen

Aus der Schlußphase des  
Druckerstreiks in Köln

Die Stimmung in einigen Betrieben ist gedrückt, es wird dort wieder in vollem Umfang gedruckt. Enttäuschung allenthalben unter den Kollegen. Endgültige Wende, „endgültig wieder rein“, das ergab die Streikversammlung der „Kölnischen Rundschau“ am 3. Juli so gegen 18.10 Uhr. Die Versammlung beim größeren Konkurrenten, dem „Kölnischen Stadt-Anzeiger“, Paradeprodukt von Verlegerverbandschef Neven DuMont, erbrachte immerhin noch ein halbwegs kämpferisches „Durchhalten“.

Auffällig die unterschiedlichen Argumentations- und Umgangsweisen auf diesen beiden Versammlungen. Ausschlaggebend im „Rundschau“-Streiklokal Ursulakloster, war die Begründung der Orts- und Bezirksleitung der Kölner IG Druck und Papier, man könne den Streik in der Akzidenz nicht fortführen, da die Zeitungsdruckerei „im Wettbewerb benachteiligt“ werde. Der Reihe nach sprachen sich die Vertreter der Gewerkschaft, zum Teil ehemalige Betriebsratsfunktionäre der Kölnischen Verlagsdruckerei (KVD), für ein Aussetzen „zumindest in diesem Bereich“ aus. Damit war vielen klar, daß auch die restliche Streikfront, vor allem im Heinen Verlag, Herausgeber der „Rundschau“, in höchstem Maße bedroht war.

Eine förmliche Abstimmung wurde umgangen. Die betriebliche Streikleitung entschied letztendlich nach lautstarker Debatte, daß man ab Donnerstag überall wieder arbeiten sollte. So könne wenigstens der schlimme Eindruck vermieden werden, „man ist abgebröckelt, während in Düsseldorf noch verhandelt wird“. Schon zuvor war es mehrfach zu intensiven Kontakten zwischen IG Druck und Bezirks-/Streik-/leitung und Verlag gekommen.



Dies wurde unter anderem auch dadurch bestätigt, daß beim „Stadt-Anzeiger“ nur eine halbe Stunde später bereits ein ganz anderes Bild von der Stimmung unter den Kollegen vermittelt wurde. Offensichtlich war man hier darauf aus, den Streik fortzuführen. Das Argument der Unternehmer „Ihr streikt euch doch die eigenen Arbeitsplätze weg“ tauchte hier nur ganz am Rande auf. Die Lage der zentralen Tarifverhandlungen wurde weitaus optimistischer eingeschätzt. Bezirkssekretär Dieter Haas wurde vom „verständnisvollen“ Propheten der über allem stehenden Vernunft wieder zum wortradikalen Django.

Resigniert werden jetzt Redner beklatscht, die meinen „Unsere Herde braucht Leithammel. Wenn die aber nicht leiten...“. Erst nach und nach finden die Kollegen ihren Humor wieder, denn immer deutlicher schält sich die Situation heraus: Wir steuern auf einen tariflosen Zustand zu und d.h. irgendwann muß doch wieder die volle gewerkschaftliche Kampfkraft eingesetzt werden, um eine akzeptable Lösung durchzusetzen.

Scharfe Kritik mischt sich in die analysierenden Stimmen auch an der IG-Metall-Führung. „Der Leber-Abschluß mit 38,5 hat uns den Hals gebrochen“, heißt es, und: „Die lassen uns als kleinere und finanzschwächere Gewerkschaft im Regen stehen“. Die vielbeschworene „Solidarität“ des DGB wird nicht einmal mehr verlacht. Während die IG Druck in der letzten Woche jeden Tag mehr Betriebe in den Streik einbezogen, auch die kleineren Firmen konsequent dichtgemacht hatte, wartete man bei der IGM vergeblich auf entschlossene Gegenmaßnahmen. „Was bleibt denn von der Drohung, daß für jeden ausgesperrten Betrieb ein bestreikter folgt?“, wird wieder und wieder gefragt.

Es scheint im Moment äußerst schwer, die Belegschaft in kürzerer Zeit noch einmal zu einem Streik zu mobilisieren. Die zentralen Gespräche sind für die Leute von der Basis zur Zeit kaum noch nachvollziehbar. Die Blockade-Politik der Unternehmer wird in der Propaganda der IG Druck nur mangelhaft aufgedeckt. Genau da will man in Kreisen von Betriebsräten und Vertrauensleuten wieder ansetzen.

## Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79 800-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 80 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

## Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
- ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden

Name .....  
Vorname .....  
Straße .....  
PLZ/Ort .....  
Bitte einsenden an: KPD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

In dieser Auseinandersetzung ging es von Beginn an nicht nur um den ökonomischen Gesichtspunkt der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Entwicklung hin zur Aufstellung dieser Forderung durch die IGM zeigt dies schon deutlich.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der IGM — auf den letzten Gewerkschaftstagen Z.B., wie auch der Stahlarbeiterstreik 1978/79 — hatten im Vorfeld deutlich gemacht, daß mit dieser Forderung auch die Fragestellung verbunden ist, welche Antwort gibt die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auf die sich verschärfende kapitalistische Krise, was wird der Abwälzung der Krisenlasten auf die abhängig Beschäftigten durch Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau usw. entgegengesetzt?

Verschärfend für diese Tarifrunde war natürlich der Regierungswechsel in Bonn. Das Kapital hatte durch die Wenderegierung deutlich gemacht, was sein Ausweg aus der Krise sein soll: Konfrontation mit der Gewerkschaftsbewegung, Aufkündigung der Sozialpartnerschaft, Mobilisierung gegen die Arbeiterbewegung, Isolierung, Schwächung und Spaltung der Gewerkschaften. Dazu dienten seit Monaten — lange vor der eigentlichen Tarifrunde — die Trommelfeuer von Propaganda, die Unternehmer und Regierung über die veröffentlichte Meinung verbreiteten.

Mit dem versprochenen Aufschwung sollten Teile der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen weiter an die Wenderegierung gebunden werden. Mit dem „Angebot“ der Vorruhestandsregelung sollte direkt gegen die Forderung nach der Wochenarbeitszeitverkürzung für alle mobilisiert werden. Hilfreich zur Seite standen dabei die als „Fünferbände“ bekannten DGB-Gewerkschaften, die dazu extra einen Brief an den Bundeskanzler und Bundesarbeitsminister schrieben. Damit unterstützten sie aktiv die Versuche, den DGB in der Arbeitszeitfrage praktisch zu spalten, zumindest aber handlungsunfähig zu machen.

Innerhalb der IGM, der IG Druck und Papier, aber auch einer Reihe anderer Gewerkschaften wurde schon im Vorfeld breiter als in anderen Tarifrunden für diese Auseinandersetzung mobilisiert — sicher durchaus unterschiedlich von Verwaltungsstelle zu Verwaltungsstelle, von Betrieb zu Betrieb; festzuhalten bleibt aber: Eine breitere Debatte darüber kam in Gang, soll man sich an den Interessen „der Wirtschaft“, der allgemeinen wirtschaftlichen Lage orientieren, oder muß man nicht unsere Interessen als abhängig Beschäftigte in den Mittelpunkt aller Überlegungen stellen?

# Kampf um die 35-Stunden-Woche — erste Schlußfolgerungen

Etwa für Anfang des Jahres, vor Beginn der Verhandlungen, kann man als Stimmungsbild feststellen, daß die Propaganda der Regierung und der Unternehmer durchaus spürbaren Einfluß ausgeübt hatte. Das Ziel der Reaktion, auch in der Arena des Klassenkampfes eine eindeutige und entscheidende Wende gegen die Arbeiterklasse zu erzielen schien durchaus nicht unerreichbar.

Das dann folgende wochenlange Verhandeln der IGM, die Spitzengespräche der IGM-Führung — kurz eine ganze Reihe Versuche der IGM-Spitze in Frankfurt, die Auseinandersetzung nicht von vornherein zu stark aufzuheizen, eine entschiedene Konfrontation zu vermeiden, eben die Sozialpartnerschaft zu retten — sie konnten weder im Druckbereich, noch gar im entscheidenden Metallbereich die Kapitalisten zu einer Änderung ihrer eindeutigen Ablehnung einer Arbeitszeitverkürzung für alle bringen.

Vor den Urabstimmungen wurde im Unternehmerlager offensichtlich noch damit gerechnet, daß die IGM sich zu weit vorgewagt habe, die Funktionäre zwar — zumindest zu einem größeren Teil — hinter der Forderung stehen würden, aber eben nicht die Mehrheit der Mitglieder. Deshalb spekulierte man durchaus mit einem Scheitern der Urabstimmung.

Die guten Ergebnisse — in den größeren und den kampfstärksten Betrieben gab es oft um oder über 90 Prozent Ja-Stimmen — bei der Urabstimmung in Baden-Württemberg und in Hessen zeigten, daß es nicht gelungen war, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche in entscheidenden Teilen der Arbeiterklasse zu isolieren — im Gegenteil. Diese Ergebnisse zeigten, wie auch die Forderungen nach Ausweitung der Urabstimmung in den anderen Tarifbezirken, daß die Metallarbeiter bereit waren — orientiert an ihren Interessen — gegen die Krisenauswirkungen anzutreten, gegen die Pläne der Unternehmer mobil zu machen.

Während des Streiks in den beiden Tarifbezirken der Metallindustrie zeigte sich — trotz durchaus berechtigter Kritik an der teilweisen unzureichenden Mobilisierung —, daß die Streikfront stand.

Obwohl sich Gesamtmetall — wie z.B. ihr Geschäftsführer Kirchner zugab — in bezug auf die Urabstimmung geirrt hatte, gingen sie nach Streikbeginn weiter in ihren Angriffen gegen die IGM vor. Neben der „heißen“ Aussperrung wandten sie gezielt und in großem

das Kampfmittel der „kalten“ Aussperrung an. Im Zusammenspiel mit der Rechtsregierung in Bonn sollten durch den Beschluß der Bundesanstalt für Arbeit, für die Betroffenen kein Kurzarbeitergeld zu zahlen, die Metallarbeiter nicht nur ausgehungert werden, sondern so sollte die IGM unter den Druck der Basis geraten, sie von daher gezwungen werden, zu kapitulieren. Festzuhalten ist, daß dies nicht gelang — im Gegenteil konnte die IGM deutlich machen, wer für diese Lage — eben ohne einen Pfennig Geld dazustehen — verantwortlich war.

Neben der Massenmobilisierung gegen diesen Beschluß war auch der juristische Erfolg der Klagen nicht nur eine moralische Stärkung der Kämpfenden, sondern bedeutete auch eine Schwächung der Position der Gegenseite, besonders der Bundesregierung. Diese hatte ja gleichzeitig noch ihre internen Schwierigkeiten, die ihre Position auch in der Tarifrunde schwächten — ein Höhepunkt neben dem Ausscheiden der FDP aus dem Europaparlament war dabei sicher der Rücktritt Lambsdorffs. Steuerbetrügeramnestie auf der einen Seite, Aushungern der Ausgesperrten andererseits machten für viele deutlich, welche Interessen diese Regierung vertritt.

Nachdem Eisenmann in den Verhandlungen ein stufenweises Erreichen der 35 Stunden vorgeschlagen hatte — kostenneutral — und in Abhängigkeit von der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und auch dies am Nein der Unternehmer scheiterte, wurden die Streikversammlungen in der fünften Streikwoche zur deutlichen Bestätigung für die Kampfbereitschaft der Metallarbeiter. Es wurde gleichzeitig wohl auch deutlich, daß der IGM-Vorstand nicht bereit sein würde und konnte, einen Tarifvertrag zu unterschreiben, der eine weitere Festlegung der 40 Stunden beinhalten würde. Trotz der durchgängig sozialpartnerschaftlichen Streikführung durch den Vorstand — u.a. deutlich am Ablehnen der Forderungen nach Urabstimmung und Streikausweitung in den anderen Tarifbezirken — war im politischen Kräfteverhältnis im Verlaufe des Kampfes eine Situation entstanden, in der man an einem Scheideweg stand: Auf Seiten der Kapitalisten stand die Frage, ob sie in der Lage sein würden, ihre Reichen, die Regierung und die „Öffentlichkeit“ für einen Kurs der verschärften Konfrontation zu gewinnen — und das gegen eine weitaus festere Front der

Belegschaften als von ihnen wohl einkalkuliert worden war.

Auf Seiten der Sozialpartner von der IGM-Führung stand die Frage, welche andere Lösung — außer der von ihnen nicht gewollten Ausweitung und Verschärfung des Kampfes — es noch geben könnte. Für eine direkte Kapitulation sahen sie angesichts der Kräfteverhältnisse auch aus ihrer Sicht zu Recht keinen Anlaß. Der durchaus vorhandene Druck auf Ausweitung des Kampfes erreichte offensichtlich keinen solchen Masseneinfluß in den Betrieben, als daß er in der Lage gewesen wäre, das einzig erfolgversprechende Mittel durchzusetzen — die Streikausweitung.

Ergebnis dieser Lage war die Schlichtung durch Leber.

Im konkreten Ergebnis des Tarifvertrags sicher eine Niederlage; zu den einzelnen Punkten der Kritik an diesem Ergebnis haben wir ja schon an anderer Stelle — vorherige „Streikzeitungen“ — Stellung genommen. Diese Einschätzung über das konkrete Ergebnis und die zum damaligen Zeitpunkt vorhandenen Kampfmöglichkeiten wird auch von einer starken Massenströmung in den Betrieben und der IGM so gesehen — die über 30 bis 34 Prozent der Nein-Stimmen bei der zweiten Urabstimmung geben davon einen deutlichen Eindruck. Es wäre mehr drin gewesen, der Kampf hätte weitergehen müssen, es hätte ausgeweitet werden müssen — dies sind konkrete Äußerungen dieser kämpferischen Stimmung.

Dies bedeutet aber auch auf der anderen Seite, daß die eigentlich eingeplante und gewollte Niederlage — so wie die Kapitalisten, so wie die Regierung es sich dachte — nicht durchgesetzt wurde. Die Bereitschaft, für die eigenen Interessen zu kämpfen, offensiv eine eigenständige Antwort auf die Krise zu geben, kurz: „Wir müssen selber handeln“ — diese allgemeine Stimmung ist auch ein Ergebnis dieser Auseinandersetzung. Das Selbstbewußtsein ist gewachsen — in zweierlei Hinsicht. Einmal hat sich gezeigt, daß die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in der Auseinandersetzung um die tatsächliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Kraft ist, die Massenunterstützung im Kampf für eine offensive Forderung mobilisieren kann.

Zum anderen aber auch hinsichtlich der kommenden Auseinandersetzungen mit der konkreten Streikführung. Hier ist es ja so, daß die Frage klassen-

kämpferische oder sozialpartnerschaftliche Orientierung sich nicht an der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich an sich entzündet — wobei klar ist, daß die Gegner dieser Forderung im DGB, also die „Vorruheständler“ — zu den ausgeprägtesten Sozialpartnerschaftsstrategen gehören.

Die Frage stellt sich entscheidend an der konkreten Streikführung. Hier ist es nach diesem Kampf so, daß keiner der Vertreter der Sozialpartnerschaft behaupten kann, es sei nicht mehr drin gewesen, weil die Front nicht gestanden habe o.ä. Im Gegenteil — die Karten waren gut — der Kampf gehörte ausgeweitet — gerade angesichts der bevorstehenden Krisenangriffe, gerade wegen der offensiven Bedeutung dieser Forderung. In dieser Debatte gibt es für die klassenkämpferischen Kräfte genügend Ansatzpunkte zur Stärkung der klassenmäßigen Orientierung in den Belegschaften und den Gewerkschaften, beizutragen zum Stimmungsumschwung auf klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik.

Einige erste Schlußfolgerungen, die sich ergeben:

- In den nächsten Monaten wird es auf der betrieblichen Ebene die Auseinandersetzung um die Umsetzung dieser Vereinbarung geben. Dabei kommt es darauf an: Unter der Stoßrichtung 38,5 Stunden für alle, eine möglichst einheitliche Vereinbarung zu erreichen. Ergänzend dazu ist es sicher sinnvoll, die Forderung nach „Mehrarbeit Nein“ — „Einstellung Ja“ und: Keine Ausweitung der Schichtarbeit — Montag bis Freitag auf Frühschicht sind genug, zu unterstützen.

Dabei wird es sicher zu wichtigen Diskussionen in den Betrieben und Gewerkschaften kommen. Dazu zählt insbesondere die Debatte über die Frage — wie ist denn das Geforderte durchzusetzen — nicht durch die Verhandlungen am Tisch, sondern nur durch die betriebliche Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen. Die Notwendigkeit dieser Mobilisierungsarbeit, die Notwendigkeit in dieser Art zu kämpfen — dies führt sehr schnell zum zweiten Gesichtspunkt — dem Problem der „Friedenspflicht“, der ja die Betriebsräte vom Gesetz her unterworfen sind, dem damit verbundenen Verbot von Kampfmaßnahmen usw. Klassenkämpferische Positionen in diesen Fragen in den Belegschaften zu stärken ist dabei eine unserer Aufgaben.

- Aus der Erfahrung in diesem Kampf gibt es auch in der politischen Auseinandersetzung allgemein, mit der Regierung im besonderen, eine Reihe wichtiger, absehbarer Konfliktfelder. Dazu zählt die Frage der Zahlung von Kurzarbeitergeld an die Kalt-Ausgesperrten, die entsprechenden Prozesse in der Hauptsache werden ja demnächst erst laufen. Darüber hinaus wird die Frage des Aussperungsverbotes durch ein Gesetz — ein Entwurf der Grünen dazu liegt ja zur zweiten und dritten Lesung im Bundestag vor — ebenfalls ein Punkt sein, an dem politischer Druck von Seiten der Gewerkschaftsbewegung, aber auch der demokratischen Bewegung, gemacht werden muß, um diese Forderung durchzusetzen.

Gerade in Verbindung mit den betrieblichen Auseinandersetzungen ist hier bei der Aussperrung, wie bei der Friedenspflichtfrage, deutlich, in welchem engen Rahmen sich gewerkschaftliche- und Arbeiterrechte in diesem Lande bewegen sollen. Zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen, und dazu gehört sicher auch die Verfügung über die eigenen Gelder (Stichwort: Arbeitslosenversicherungsbeiträge), ist also Arbeitermacht nötig, brauchen wir real Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte. Eine wichtige Debatte gerade für uns als Kommunisten!

Eine Ebene der Auseinandersetzung, die zum Herbst hin an Schärfe zunehmen wird, ist die Frage: Welche Antwort wird auf die wachsende Massenarbeitslosigkeit gegeben? Das Aufschwunggerede der Kohl-Regierung — zutreffend für Profite und Arbeitslosenzahlen — hat schon jetzt eine deutlich geringere Wirksamkeit, mit dem Arbeitskampf ist das Eintreten dieser Regierung für Kapitalinteressen praktisch für viele erfahrbar geworden — kurz, diese Regierung wird sich im Herbst mit massiven Forderungen nach beschäftigungswirksamen Maßnahmen von Seiten der Gewerkschaftsbewegung konfrontiert sehen. Bei zu erwartenden Zahlen von mehr als 3 Millionen Arbeitslosen, die offiziell dann gemeldet sein werden, wird sich die politische Auseinandersetzung in dieser Frage erneut zuspitzen. Beschäftigungswirksame Maßnahmen auf Kosten der Reichen usw. — eine ganze Reihe klarer Aussagen dazu im wirtschaftspolitischen Programm der Partei — „Die Reichen sollen die Krise zahlen!“ — werden an praktischer Bedeutung für unser politisches Eingreifen gewinnen.

In einer solchen Bewegung unseren Standpunkt — diese Regierung muß weg — einzubringen und zu verfechten, wird nach den Erfahrungen des Arbeitskampfes deutliche Unterstützung finden.



Oh  
nein:  
1978/79  
1984  
und wann  
weiter...?



Ein Film, wie noch keiner war.

Aus „tz München“

|                                                                                                                                                                                                                    |                                  |                      |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------|----------------------|
| ADAM OPHEL<br>Aktengesellschaft                                                                                                                                                                                    | GEWERKSCHAFTSVEREINBARUNG NR. 11 | Dat./Dow<br>2.7.1984 |
| 1. Der betriebsrat und Geschäftsleitung der Adam Opel AG, Werk Rüsselsheim wird folgende Betriebsvereinbarung geschlossen:                                                                                         |                                  |                      |
| 1. Der bezüglich der Neuregelung der wöchentlichen Arbeitszeit der hessischen Metallindustrie, führt bei der Adam Opel AG Werk Rüsselsheim zu folgender Neuregelung der wöchentlichen Arbeitszeit:                 |                                  |                      |
| a) Alle Mitarbeiter arbeiten ab dem 1. April 1985 37 Stunden in der Woche ohne Anrechnung der Pausen.                                                                                                              |                                  |                      |
| b) Die dieser Regelung sind diejenigen Mitarbeiter ausgenommen, die im Zeitraum vom 21. Mai bis heute in außergewöhnlich aufopferungsvoller Weise ihre Arbeitskraft der Adam Opel AG zur Verfügung gestellt haben. |                                  |                      |
| Es wird davon ausgegangen, daß diese Mitarbeiter mit dieser Regelung einverstanden sind, da sie im o.g. Zeitraum nachdrücklich ihr Recht auf 40 Stunden wahrgenommen haben.                                        |                                  |                      |
| 5. Bei Streitigkeiten entscheidet die Schlichtungsstelle, aus dem Bereich des Vorsitzenden wird der 1. Vorsitzende der IG Metall bestimmt.                                                                         |                                  |                      |
| Schlußbestimmungen:                                                                                                                                                                                                |                                  |                      |
| Die Betriebsvereinbarung tritt sofort in Kraft und ist erst kündbar, wenn eine weitere tarifvertragliche Arbeitszeitverkürzung vereinbart ist.                                                                     |                                  |                      |
| Für die Geschäftsleitung:                                                                                                                                                                                          | Für den Betriebsrat:             |                      |
| Dr. W. Schlusfeldt                                                                                                                                                                                                 | R. Keller                        |                      |

## Schrecken für Streikbrecher

Bei den Abteilungsleitern liefen die Telefone heiß, im Streiklokal der IG Metall wurde das Papier groß gefeiert: Eine Gruppe von Druckern und Metallern in Rüsselsheim hatte in einer Nachtaktion eine Betriebsvereinbarung erfinden, die den Streikbrechern weiterhin die 40-Stunden-Woche garantierte. Dieses Papier, in hoher Auflage verteilt, war ein kleiner Racheakt an den Streikbrechern — zumindest zeitweilig waren die schwer verunsichert. In dem Papier heißt es unter anderem:

„Der bezüglich der Neuregelung der wöchentlichen Arbeitszeit geschlossene Tarifvertrag in der hessischen Metallindustrie führt bei der

Adam Opel AG, Werk Rüsselsheim zu folgender Neuregelung der wöchentlichen Arbeitszeit

a.) Alle Mitarbeiter arbeiten ab dem 1. April 1985 37 Stunden in der Woche ohne Anrechnung der Pausen.

b.) Von dieser Regelung sind diejenigen Mitarbeiter ausgenommen, die im Zeitraum 21.5. bis heute in außergewöhnlich aufopferungsvoller Weise ihre Arbeitskraft der Adam Opel AG zur Verfügung gestellt haben.

Es wird davon ausgegangen, daß diese Mitarbeiter mit dieser Regelung einverstanden sind, da sie im o.g. Zeitraum nachdrücklich ihr Recht auf 40 Stunden wahrgenommen haben.“

Koblenz. „Wird mit Alarm die Marschbereitschaft befohlen, marschieren wir nach Bonn!“ Das war einer der Kernsätze eines Soldatenauftritts: „Für den Frieden — Erklärung gegen den Krieg“. Über 130 Soldaten hatten ihn unterzeichnet, gegen einen von ihnen, Christian Ebell wurde Anklage erhoben, am 5. Juli war der Prozeß vor der Staatsschutzkammer in Koblenz.

„Verfassungswidriges Einwirken auf die Bundeswehr“ war der Anklagepunkt. Aber die Unterzeichner ließen den Angeklagten nicht allein. 120 der Mitunterzeichner waren nach Koblenz gekommen, zogen vor Prozeßbeginn durch die Stadt und zeigten sich anschließend im Foyer des Landgerichtsgebäudes selbst an. Die Polizei mußte eine mobile Dienststelle einrichten, um all die Anzeigen aufzunehmen.

Im Prozeß selbst begründete der Staatsanwalt die Anklage mit der Dummheit der einfachen Soldaten, die auf solche Appelle reinfallen könnten. Er meinte, bei den Adressaten des Appells handele es sich um „einfache Soldaten mit begrenztem Wissen und Interessen auf poli-

Soldaten-Prozeß in Koblenz

## Freispruch für Christian Ebell



Vor dem Gerichtsgebäude in Koblenz.

tischem Gebiet“, die lediglich „einfache und leichtverständliche Appelle aufnehmen und komplizierte Herleitungen nicht nachvollziehen können.“ Die „komplizierte Herleitung“ ist die politische Situation des

Frühjahrs 1980, als der Appell entstand.

Während der spannungsgeladenen Situation im Iran — gerade war ein US-Kommandounternehmen zur Entsetzung der

amerikanischen Botschaft in Teheran gescheitert — war von vielen bundesdeutschen Politikern auch ein Bundeswehreinsetzung in Nahost für nicht ausgeschlossen dargestellt worden. Ein Generalmajor der Bundeswehr soll damals, anlässlich eines NATO-Alarms Soldaten gegenüber sogar erklärt haben: „Jungens, es ist nicht klar, ob wir nach drei Wochen zurückfahren. Vielleicht geht's in den Iran.“ Damals entstand dieser Appell. Viele sagten damals: „Nicht mit uns!“. Diese Stimmung organisierte der Soldaten-Appell — das schien dem Staatsanwalt so gefährlich. Sein Antrag: Sieben Monate Gefängnis ohne Bewährung.

Überraschend fiel dann aber das Urteil aus: Christian Ebell wurde freigesprochen. Der Richter sprach erstaunliche Sachen aus. Als unbefangener Leser des Appells habe er nur die „Warnung vor einem Angriffskrieg aus akuter Sorge“ erkannt und das müsse die Bundeswehr verkraften können. Und weiter der Richter Scheid: „Wenn man so hört, was manche Politiker sagen, dann ist der Aufruf noch sehr milde formuliert.“

## Meldungen

### Istanbul Hungerstreik beendet

Nach der teilweisen Erfüllung wichtiger Forderungen der Häftlinge ist der Hungerstreik in zwei Istanbuler Militärgefängnissen beendet worden. Bei einer Pressekonferenz des „Solidaritätskomitees für die politischen Gefangenen in der Türkei“ wurde mitgeteilt, daß Regierungsvertreter Anfang letzter Woche in die Istanbuler Gefängnisse gekommen seien und die militärische Einheitskleidung, deren erzwungenes Tragen einer der Gründe für den Hungerstreik war, verbrannt hätten. Außerdem seien den Gefangenen zugesagt worden, ihren Status als Untersuchungshäftlinge insofern zu respektieren, als sie nicht mehr an dem militärischen Drill der Gefangenen teilnehmen müßten.

Fünf Menschen sind bei diesem Hungerstreik allein in Istanbul gestorben. Nachdem vier Gefangene gestorben waren, hatte Ministerpräsident Özal noch keinerlei Verhandlungsbereitschaft erkennen lassen. Der Hungerstreik hatte am 11. April begonnen. Verschärft haben ihn 30 Gefangene am 25. Mai durch ein Todesfasten. Zehn von ihnen liegen noch auf der Intensivstation des Militärkrankenhauses, drei von ihnen in lebensbedrohlichem Zustand.

Das Solidaritätskomitee forderte deswegen auch die Bundesregierung auf, die Entsendung einer internationalen Medizinerkommission zu unterstützen, die sich über den Gesundheitszustand der Gefangenen ein Bild machen soll. Die Hilfe der Bundesregierung gilt aber vorerst noch der anderen Seite. Nach Informationen der Grünen im Bundestag, sei beim Besuch des türkischen Außenministers vor zwei Wochen in Bonn über eine außerordentliche Militärhilfe in Höhe von einer Milliarde Mark verhandelt worden.

### Bolivien Generalstreik

Kurz nach dem Putschversuch gegen den Präsidenten Zuazo haben die bolivianischen Gewerkschaften einen Generalstreik ausgerufen. Mit 13 gegen 8 Stimmen wurde der Streik im Dachverband der Gewerkschaften beschlossen. Vor allem für massive Lohnerhöhungen setzen sich die Gewerkschaften ein, da im Lande wegen der Ausbeuterpolitik internationaler Geldgeber eine galoppierende Inflation das Leben täglich teurer macht. Der Generalstreik hatte Ende vergangener Woche weitgehende Auswirkungen im ganzen Land. Bergwerke, Behörden, Banken und Postämter blieben geschlossen. Aber die Streikfront ist nicht

ungebrochen. „Übereilt und gefährlich“ nennt der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft den Streik und das Transportsystem blieb intakt. Vor allem wegen des gerade gescheiterten Rechtsputschversuchs versuchen einige Gewerkschaftsführer die Arbeiter vom Kampf gegen die Regierung und für ihre Interessen abzuhalten.

### Togo Tam-Tam für Strauß

„Großes Tam-Tam für Strauß in Togo“, so überschreibt sogar die „Süddeutsche Zeitung“ einen Bericht über die Feierlichkeiten in Togo zum 100. Jahrestag der Kolonialisierung des Landes. Dieses perverse Jubiläum, vornehm ausgedrückt als „Feierlichkeiten zum 100-jährigen Bestehen der Beziehungen zwischen Deutschland und Togo“, hat als Ehrengast an der Spitze einer Bundesratsdelegation, Franz-Josef Strauß. Strauß — ein langjähriger Freund des Diktators Eyadema brachte den Staatssekretär Siegfried Leng mit, der über die stockkonservative „Seidel-Stiftung“ schon lange mit der Regierung Togos zusammenarbeitete. Strauß ist diesem schwarzafrikanischen Land außerdem durch diverse Geschäftsverbindungen von Firmen seiner just verstorbenen Gattin Marianne eng verbunden.

### El Salvador Duarte kommt nach Bonn

Der in den internationalen als Farce bezeichneten Wahlen von El Salvador an die Macht gekommene Napoleon Duarte wird am 16. Juli Bonn besuchen. Kohl und Geißler, der Außenminister und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sollen seine Gesprächspartner sein. Alles, um die „Bemühungen des ersten demokratisch gewählten Präsidenten El Salvadors“ zu unterstützen, hieß es in Bonn. Duarte, früher Chef der Junta El Salvadors, führt in seinem Land einen terroristischen Krieg gegen die Befreiungsfront FMNL.

**Spendenaktion  
„Waffen für  
El Salvador“  
Postscheck  
Berlin / West  
Sonderkonto  
288 59-107  
BLZ 100 100 10  
Freunde der  
alternativen  
Tageszeitung e. V.  
1000 Berlin 65**

## Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellenhofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Fr. 17.30 bis 18.30 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 05 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.